

Diese Besonderen Vertragsbedingungen der EnBW AG für Leistungen im Tief-/Netzbau erweitern die Allgemeinen Einkaufsbedingungen des EnBW-Konzerns (AEB) und gelten für alle Verträge/Bestellungen, in denen diese als Vertragsbestandteil aufgeführt sind.

## 1. Vertragsbestandteile

Es gelten die in der Bestellung/dem Kurzvertrag aufgeführten Unterlagen als Vertragsbestandteile.

Sämtliche Änderungen und Einschränkungen, die der Auftragnehmer (AN) in seinem Angebot im Hinblick auf die Vertragsunterlagen und/oder Vorgaben des Auftraggebers (AG) vorgenommen hat, werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, sie sind im Protokoll der Vergabeverhandlung ausdrücklich erwähnt.

Liegt aus der Sicht des AN ein Widerspruch zwischen den Vertragsbestandteilen vor, welcher sich nicht gemäß Ziffer 1.5 der AEB aufklären lässt, ist der AN verpflichtet, den AG unverzüglich und rechtzeitig vor der Ausführung der davon betroffenen Leistung auf den tatsächlichen oder vermeintlichen Widerspruch schriftlich hinzuweisen und eine Entscheidung des AG über Art und Umfang der tatsächlich geforderten Leistung herbeizuführen.

In jedem Fall ist die Leistungspflicht so auszulegen, dass eine dem Vertragsgegenstand entsprechende funktionstaugliche Leistung geschuldet wird sowie die anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden.

## 2. Ausführungsgrundlage, Informationspflicht, Unterlagen

Der AN sichert das Nichtvorliegen zwingender Ausschlussgründe nach § 123 GWB zu.

Der AN erklärt mit Abgabe seines Angebotes, dass ihm die vom AG übermittelten Unterlagen, Angaben und Informationen vollständig bekannt sind und ausreichend waren, um sämtliche zur Preisbildung erforderlichen Umstände zu erfassen und damit die übernommenen Leistungen abnahmereif und termingerecht erbringen zu können.

Der AN hat sämtliche ihm vor Vertragsschluss überlassenen Unterlagen, Angaben und Informationen (insbesondere eventuelle Mengenangaben) mit der Sorgfalt eines erfahrenen Auftragnehmers geprüft, soweit sie für seine Leistungen von Bedeutung sind, und hierbei keine Unvollständigkeit, Fehler oder Widersprüchlichkeit festgestellt.

Der AN kann sich nicht auf eine Unvollständigkeit, Fehlerhaftigkeit oder Widersprüchlichkeit der übermittelten Unterlagen, Angaben und Informationen berufen, oder auf eine Unkenntnis der Örtlichkeiten/des Standortes, und er kann deshalb insbesondere keine Mehrkostenforderungen oder Terminverschiebungsansprüche geltend machen, es sei denn, die Unvollständigkeit, Fehlerhaftigkeit oder Widersprüchlichkeit war für einen erfahrenen Auftragnehmer auf Basis der überlassenen Unterlagen, Angaben und Informationen bzw. aufgrund einer Ortsbesichtigung nicht erkennbar.

Der AN hat sich im Rahmen der Angebotserstellung und der technischen sowie kommerziellen Klärung in Gesprächen und Begehungen über die Randbedingungen zur Erbringung seines Liefer- und Leistungsumfanges kundig gemacht. Nachforderungen aus Unkenntnis der Gegebenheiten sind ausgeschlossen.

### 3. Allgemein anerkannte Regeln der Technik, technische Regelwerke

Der AN schuldet als Mindeststandard die Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik sowie der technischen Regelwerke bzw. Vorgaben etwaiger Förderprogrammen zum Zeitpunkt der Abnahme, auch wenn Anhänge zum Vertrag, z. B. die Leistungsbeschreibung, dahinter zurückbleiben. Soweit ein höherer Standard vereinbart wurde, ist dieser einzuhalten.

Ändern sich o.g. Vorgaben nach dem Zeitpunkt der Abgabe des finalen Angebots, so hat der AN den AG hiervon unter detaillierter Darlegung der Änderung, der voraussichtlichen Kostenfolgen bei Umsetzung und der terminlichen Auswirkungen sowie sonstiger Auswirkungen unverzüglich mindestens in Textform zu unterrichten.

Bewirken die Änderungen weder zusätzliche Kosten noch Verzögerungen, so hat der AN diese Änderungen bei der Vertragsdurchführung zu berücksichtigen. Anderenfalls ist der AG berechtigt, nach Maßgabe des Kapitels „Leistungsänderungen“ zu entscheiden, ob die Änderungen durch den AN bei der Vertragsdurchführung berücksichtigt werden sollen, und der AN hat Anspruch auf Mehrvergütung für die Änderungen sowie auf Verschiebung der Vertragstermine, soweit diese Änderungen aus Sicht eines erfahrenen AN nicht vorhersehbar waren.

### 4. Leistungserfolg, Vollständigkeit

Zwischen den Vertragsparteien besteht Einigkeit, dass der AN sämtliche Leistungen zu erbringen hat, die zur Erreichung des werkvertraglichen Erfolges, einer funktionstauglichen Leistung und der Vertragsziele notwendig sind.

Der AN erbringt seine Leistungen nach diesem Vertrag und insbesondere nach der Ausführungsplanung und der Leistungsbeschreibung der Bestellung/des Kurzvertrages.

Wenn und soweit die Bestellung/der Kurzvertrag allgemeine Vorgaben macht, umfasst die vom AN zu erbringende Leistung sämtliche erforderliche Einzelleistungen zur Erstellung eines vollständigen und funktionsgerechten Leistungssolls. Soweit die Bestellung/der Kurzvertrag eine detaillierte Festlegung trifft, ist diese auszuführen.

### 5. Nebenleistungen

Sämtliche Leistungen verstehen sich einschließlich Lieferung und Montage aller erforderlichen Materialien und der erforderlichen Nebenleistungen, sofern nicht im Leistungsverzeichnis/in der Leistungsbeschreibung anders beschrieben.

### 6. Leistungsänderungen

Der AG ist jederzeit berechtigt, den Umfang der in den vorliegenden Vertragsunterlagen festgelegten Lieferungen und Leistungen durch schriftliche Anordnung einseitig zu ändern und/oder zusätzliche Leistungen zu verlangen. Dies schließt das Recht ein, Änderungen der Bauumstände, der Bauzeit bzw. der Ausführungsfristen anzuordnen, es sei denn, eine solche Anordnung ist dem AN nicht zumutbar oder technisch nicht möglich.

Der AN ist verpflichtet, vom AG angeordnete Leistungsänderungen bzw. zusätzliche Leistungen auszuführen. Ein Anspruch des AN auf Vereinbarung einer Vergütung für die Leistungsänderung bzw. zusätzliche Leistung vor der Leistungserbringung durch den AN besteht nicht. Die Vergütung für geänderte oder zusätzliche Leistungen ist gesondert zu vereinbaren. Dazu hat der AN dem AG vor Beginn der Ausführung ein mit Preisen versehenes schriftliches Nachtragsangebot kostenlos vorzulegen. Der AN hat Nachtragsangebote unter Verwendung des Lieferantenportal des AG einzureichen. Geänderte oder zusätzliche Leistungen, die vor der Ausführung nicht angezeigt wurden, werden vom AG nachträglich nicht anerkannt.

Sämtliche Nachtragsangebote haben die üblicherweise notwendigen Angaben und Nachweise, zumindest jedoch eine Sachverhaltsbeschreibung, aus der sich der Grund für die Forderung ergibt („Soll-/Ist-Vergleich“), sowie eine nachvollziehbare Preisermittlung (bspw. Kopien aus der Auftragskalkulation) zu enthalten.

Der AN verpflichtet sich mit Vertragsschluss, spätestens jedoch nach Aufforderung des AG seine Auftragskalkulation zu übergeben, welche getrennt auszuweisen hat: Kalkulationsart, EKT getrennt nach Kostenarten, Aufwandswerte, Mittellohn, Materialkosten, Gerätekosten, NU-Kosten, BGK getrennt in zeitabhängige und fixe Anteile, AGK, WuG, Verteilung der Zuschlagssätze, eventuelle Nachlässe. Bei Meinungsverschiedenheiten über eine Nachtragsvergütung ist der AG berechtigt, in die Auftragskalkulation in dem erforderlichen Umfang Einsicht zu nehmen und Kopien anzufertigen sowie diese durch einen Dritten, z. B. einen Gutachter, überprüfen zu lassen.

## 7. Vergütung

Alle Preise sind Festpreise und dienen zur Abgeltung aller Lieferungen und Leistungen der jeweiligen Leistung(-sposition), die der AN zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtung zu erbringen hat.

Eine Anpassung des Einheitspreises bei Mengenänderungen entsprechend § 2 Abs. 3 VOB/B findet nicht statt.

Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis entspricht.

Ein vereinbarter Nachlass findet auch auf alle Optionen, geänderten und zusätzlichen Leistungen und Einheitspreislisten sowie auf vereinbarte Stundenlöhne Anwendung.

## 8. Ausführungsunterlagen

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom AG als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

Der AN ist für die Richtigkeit der von ihm erstellten Pläne und Unterlagen verantwortlich. Der AN hat die vom AG freizugebenden Unterlagen so rechtzeitig einzureichen, dass eine ordnungsgemäße Prüfung und Freigabe durch den AG erfolgen kann. Die Genehmigung von AN-seitig erstellten Plänen durch den AG schränkt die Verantwortlichkeit des AN dem Grunde nach nicht ein. Der AN bleibt für seine Planung allein verantwortlich. Eine Freigabe ersetzt keine Anordnung gemäß Kapitel „Leistungsänderungen“.

Ein Mitverschulden des AG aufgrund einer Pflicht- oder Obliegenheitsverletzung bei der Prüfung und/oder der Freigabe ist ausgeschlossen.

Die Dokumentation und Planungsunterlagen sind erforderlichenfalls baubegleitend zu erstellen und gemäß Vorgabe des AG oder spätestens vor der Abnahme der Vertragsleistung vom AN vorzulegen.

## 9. Vertretung des AG

Für den AG sind die in der Bestellung/dem Kurzvertrag genannten Personen berechtigt, sämtliche mit der Projektabwicklung zusammenhängenden ablaufspezifischen und -technischen Frage- und Aufgabestellungen für den AG zu klären.

Der AG wird rechtsgeschäftlich, insbesondere bei der Beauftragung von Nachträgen oder der Entgegennahme von Behinderungs- und Bedenkenanzeigen, ausschließlich durch die in der Bestellung/dem Kurzvertrag genannten Personen oder die gesetzlichen Vertreter vertreten. Andere vom AG bei der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung des Bauvorhabens eingesetzten Personen, insbesondere Gutachter, Ingenieure, Projektsteuerer, Bauleiter und Sonderfachleute sind nicht berechtigt, den AG rechtsgeschäftlich zu vertreten. Der Ausschluss der Vertretungsmacht umfasst auch die Abgabe und Entgegennahme von einseitigen rechtsgeschäftlichen oder rechtsgeschäftsähnlichen Erklärungen, wie Mitteilungen, Anzeigen und Aufforderungen.

## 10. Vertretung des AN

Der AN hat seine Vertretung mit allen Befugnissen auszustatten, die erforderlich sind, um in seinem Namen vertragsgemäß tätig zu werden. Die Vertretung ist befugt und verpflichtet, an Besprechungen teilzunehmen und Anweisungen des AG entgegenzunehmen und ausführen zu lassen. Der AN darf hier nur qualifiziertes, zuverlässiges sowie deutschsprechendes Personal einsetzen.

Der AG ist berechtigt, vom AN die sofortige Ablösung eines verantwortlichen Mitarbeiters zu verlangen, wenn dieser gegen die allgemeine Ordnung, Sicherheit, Umweltschutzbestimmungen oder Grundsätze der Geheimhaltung oder Vertraulichkeit verstoßen hat und/oder aus fachlicher Sicht nicht als hinreichend geeignet für die Führung der vertragsgegenständlichen Einsatzstelle erscheint.

## 11. Koordination

Der Verantwortliche des AN hat sich vor Beginn der ausführenden Arbeiten mit dem Baubeauftragten / der Projektierung / der Baukoordination des AG abzustimmen. Eine Arbeitsaufnahme ohne vorherige Abstimmung ist nicht zulässig.

Ein gemeinsamer Einsatz von Beschäftigten des AN mit Mitarbeitern des AG in gemischten Arbeitsgruppen ist ausgeschlossen.

Der AN hat den Baustellenleiter gemäß L00.08.02 zu stellen und die beschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Die weiteren vom AG beauftragten Lieferanten und deren Ansprechpartner hat der AN im Zuge der Einweisung vor Baubeginn beim AG abzufragen.

Erforderliche Leistungen anderer vom AG beauftragten (Tiefbau-/Montage-)Lieferanten bzw. erforderliche Mitwirkungsleistungen des AG hat der AN gemäß den Bedingungen aus L00.07.09 bei den jeweiligen (Tiefbau-/Montage-)Lieferanten bzw. beim AG anzufordern.

Die alleinige Nennung einer erforderlichen Leistung anderer vom AG beauftragten Lieferanten oder einer erforderlichen Mitwirkung des AG im Bauzeitenplan des AN genügt den Voraussetzungen einer Anforderung nicht.

Bei der Anforderung von Vermessungsleistungen durch den AN bei vom AG beauftragten Vermessungslieferanten zur georeferenzierten Aufnahme von Bauteilen, Leitungen und topografischer Punkte einer Baustelle sowie zur Absteckung von Punkten mit räumlichem Bezug sind vom AN zusätzlich folgende Rahmenbedingungen einzuhalten:

- Anforderung in Textform mit Termin und Verortung der Baustelle, inklusive ggf. weiterer Unterlagen und Daten (z.B. Auftragsnummern, Kontaktdaten).
- Anforderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt, jedoch mind. 24 Stunden vor gewünschtem Beginn der Vermessung vor Ort.
- Für unvorhersehbare Ereignisse (wie z.B. Störungen) sind kurzfristige Anforderungen zulässig.
- Eine Vermessung vor Ort am offenen Graben ist zu gewährleisten.
- Der Graben ist erst nach Fertigstellung der Vermessung vor Ort zu verfüllen. Für die Vermessung vor Ort ist ein Zeitfenster von mindestens 4 Stunden zu gewähren.
- Kurzfristige Terminänderungen sind dem Vermessungslieferanten unverzüglich mitzuteilen. Für die Festlegung eines Ersatztermins gelten obenstehende Maßgaben.
- Ist aufgrund der Terminlage des Vermessungslieferanten eine Einmessung am offenen Graben innerhalb des vereinbarten Zeitfensters nicht möglich, müssen Lagepunkte von Bauteilen und Leitungen durch eindeutige Markierungen vom AN gesichert werden. Zur Einmessung von markierten Bauteilen und Leitungen ist eine Einweisung des Vermessungslieferanten durch den AN zwingend erforderlich.

## 12. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen

Alle erforderlichen privat- und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, die für die Erbringung der vom AN geschuldeten Leistungen erforderlich sind, wie z. B. Transportgenehmigungen, holt der AN auf seine Kosten ein und legt diese dem AG auf Verlangen vor, sofern nicht in der Leistungsbeschreibung anders beschrieben. Dies gilt nicht für Genehmigungen und Erlaubnisse, für die ausschließlich der AG antragsberechtigt ist (z.B. Baugenehmigungen). Hier wird der AN dem AG alle erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stellen und den AG auch im Übrigen bestmöglich unterstützen, z.B. bei der Wahrnehmung von Behördenterminen.

Der AN beachtet alle vom AG beizubringenden Genehmigungen nebst eventuellen Auflagen und Nebenbestimmungen.

## 13. Präqualifikation, Qualifikation

Der AN verpflichtet sich, den AG jeweils unverzüglich und unaufgefordert schriftlich über alle für diesen Vertrag maßgeblichen wesentlichen Änderungen seit der Präqualifikation von Unternehmens- bzw. Leistungsdaten, z.B.: Qualifikationsnachweise, Zertifikate (Arbeiten unter Spannung, DVGW Zulassungen, usw.), zu informieren.

Der AG hat das Recht, sich mit kurzfristiger Voranmeldung und zu üblichen Geschäftszeiten beim AN und/oder bei vom AN eingeschalteten Dritten über die Planungs- und/oder Ausführungsleistungen und hiermit zusammenhängende Qualitätssicherungsmaßnahmen zu informieren. Der AN wird dieses Recht im Rahmen der Beauftragung von Dritten nach Möglichkeit ausdrücklich vereinbaren.

## 14. Beistellungen des AG

Soweit in den übrigen Vertragsunterlagen nicht anders geregelt, werden vom AG keine der in § 4 Abs. 4 VOB/B genannten Positionen zur unentgeltlichen Benutzung oder Mitbenutzung überlassen. Es ist Sache des AN die notwendigen Lager- und Arbeitsplätze, Zufahrtswege und Anschlussgleise, Anschlüsse für Wasser und Energie sicherzustellen. Die hierdurch entstehenden Kosten sind in die Einheitspreise bzw. den Pauschalpreis einzukalkulieren.

## 15. Sprache, Mitteilungen

Die Vertragsabwicklung zwischen den Vertragsparteien und die Baustellenkommunikation zwischen den Vertragsparteien erfolgt in deutscher Sprache. Bauleiter, Projektleiter und Aufsichtsführende müssen die deutsche Sprache mündlich und schriftlich beherrschen.

Der AN hat weiter sicherzustellen, dass alle Anweisungen, im Besonderen die sicherheitsrelevanten Anweisungen, unverzüglich und vor dem Einsatz des Personals verständlich übermittelt werden. Für Mitarbeiter, die der deutschen Sprache nicht oder nur unzureichend mächtig sind, müssen sämtliche Unterweisungen, Gefährdungsbeurteilungen, Betriebsanweisungen etc. in einer Sprache, die die Mitarbeiter beherrschen, vorliegen bzw. durchgeführt werden.

Alle Dokumente müssen in deutscher Sprache erstellt werden.

Vertraglich relevante Mitteilungen sind stets entweder zu übergeben oder an die andere Vertragspartei zu senden.

## 16. Kontinuierlicher Verbesserungsprozess, technologischer Fortschritt

Der AN verpflichtet sich, Informationen über Optimierungspotentiale zur Verbesserung der Verfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Qualität und Bauzeit, die im Laufe der Vertragslaufzeit erkennbar sind, an den AG unter Angabe der Auswirkungen auf die Qualität der Leistung, die Kosten und die Termine weiterzuleiten.

Der AG behält sich vor, im Zuge des technologischen Fortschritts verschiedene Prozesse und Schnittstellen zum AN anzupassen, bspw. durch Digitalisierung. Der AN ist verpflichtet, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

## 17. Nachunternehmer

Nachunternehmer dürfen nur nach vorheriger, schriftlicher Genehmigung des AG eingesetzt werden. Es gilt Ziffer 1.7 der AEB.

Die NU des AN müssen sich gewerbsmäßig mit der Ausführung der zu vergebenden Leistung befassen. Sie müssen fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein und den Qualitäts-, Umweltschutz- sowie Arbeitssicherheitsanforderungen des AG entsprechen.

Die Weitergabe der Arbeiten im Ganzen an NU ist nicht gestattet. Der AN muss sicherstellen, dass der NU die ihm übertragenen Leistungen nicht weitervergibt, es sei denn, der AG stimmt schriftlich zu.

## 18. Ausführungstermine

Die in der Bestellung/dem Kurzvertrag aufgelisteten Ausführungstermine sind für den AN i. S. d. § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB (Verzug des Schuldners, wenn für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist) verbindlich.

Der AN hat die Arbeiten ohne zeitliche Verzögerung zu beginnen, die Leistungserbringung zu fördern und die Leistungen ohne Unterbrechung und mit der gebotenen Sorgfalt und Schnelligkeit zu erbringen und rechtzeitig bis zum vereinbarten Termin zu vollenden (inkl. der kompletten Dokumentation).

Verschiebungen der Fertigstellungstermine können ausschließlich durch eine besondere und schriftliche Vereinbarung zwischen AG und AN erfolgen.

Der AG behält sich aber eine Terminverschiebung vor, wenn berechtigte Gründe dafür der Anlass sind (bspw. Koordination mit anderen Leitungsträgern oder Institutionen etc.).

## 19. Höhere Gewalt

Höhere Gewalt sind von außen kommende, außergewöhnliche, unvorhersehbare und unabwendbare Ereignisse, die außerhalb des Risiko- und Einflussbereiches einer Vertragspartei liegen.

Witterungsbedingungen gelten nur als Höhere Gewalt, wenn sie von den Wetterextremen der letzten 20 Jahre ungewöhnlich abweichen.

Sollte ein Ereignis Höherer Gewalt eintreten, das den AN und/oder den AG behindert, verpflichten sich beide Vertragsparteien, der jeweils anderen Vertragspartei hiervon unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen.

Sollte ein Ereignis Höherer Gewalt eintreten, das den AN und/oder den AG ganz oder teilweise daran hindert, den sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen bzw. Obliegenheiten nachzukommen, so sind die Vertragsparteien von ihren Verpflichtungen bzw. Obliegenheiten insoweit befreit.

Die Vertragsparteien sind sich einig, dass die jeweils andere Vertragspartei keine Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche oder Mehrvergütungsansprüche geltend machen kann, wenn und so weit die eine Vertragspartei ihre Verpflichtungen oder Obliegenheiten aufgrund Höherer Gewalt nicht erfüllen kann.

Führt das Ereignis Höherer Gewalt zu einer Verzögerung der Leistungen des AN, hat der AN einen Anspruch auf Verschiebung der von den Verzögerungen betroffenen Vertragstermine entsprechend den Auswirkungen der Behinderung.

Der AN hat bei Höherer Gewalt angemessene Anstrengungen zur Minderung der Folgen zu unternehmen und den AG hierüber laufend schriftlich zu unterrichten.

Bei einer Verzögerung aufgrund Höherer Gewalt über einen Zeitraum von mehr als 6 Kalendermonaten kann jede Vertragspartei kündigen. Die Rechtsfolgen richten sich nach § 6 Abs. 7 S. 2 VOB/B.



## 20. Werbung

Der AN darf in Informationen, Werbematerial oder auf Webseiten im Internet auf die Geschäftsbeziehung mit dem AG nur nach dessen ausdrücklicher vorheriger schriftlicher Zustimmung Bezug nehmen.

Der AN darf die Baustelleneinrichtung nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG mit Werbung versehen. Der AG kann auch den Bauzaun als Werbeträger für eigene Werbung nutzen und auf Gerüsten Großflächenwerbung anbringen lassen.

## 21. Kündigung

Es gilt Ziffer 15 der AEB. Zudem steht dem AG das Recht zur außerordentlichen Kündigung insbesondere zu,

- bei Einsatz von für die Tätigkeit nicht geeigneten Nachunternehmen;
- bei wiederholten Verstößen gegen wesentliche Vertragspflichten, insbesondere wenn der AN unterlässt, einer bindenden Weisung des AG nachzukommen oder auf sonstige Weise nachhaltig und erheblich seine vertraglichen Verpflichtungen verletzt;
- bei wiederholten Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften, insbesondere das Bundesdatenschutzgesetz, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrWG/AbfG), das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) oder Richtlinien des AG, die Vertragsbestandteil sind;
- bei Verlust erforderlicher DVGW- oder VDE-Zulassungen;
- bei Verstößen gegen das Wettbewerbsverbot;
- wenn der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

Der AN ist berechtigt, den Vertrag bei Vorliegen eines wichtigen Grundes nach § 314 BGB in Gänze zu kündigen. Zu einer teilweisen Kündigung ist der AN nicht berechtigt.

Die Kündigungsrechte gem. § 643 BGB und § 9 (1) Nr. 1 VOB/B werden ausgeschlossen.

Die Kündigung bedarf der Schriftform. Die Rechtsfolgen der Kündigung richten sich nach der VOB/B, sofern hier nicht anders vereinbart.

Der AN ist ferner verpflichtet, die Baustelle, insbesondere die Sicherungsmaßnahmen, erst und nur nach Abstimmung mit dem AG zu räumen.

## 22. Haftung

Es gilt Ziffer 12 der AEB. Die Haftungsbeschränkungen in §§ 6 Abs. 6 S. 1, 10, 13 Abs. 7 VOB/B finden keine Anwendung.



## 23. Verzug, Vertragsstrafe

Die Annahme einer verspäteten Lieferung oder Leistung des AN durch den AG bedeutet keinen Verzicht auf etwaige Schadensersatz- oder sonstige Ansprüche.

Bei Verzug des AN mit jedem einzelnen der in Kapitel „Ausführungstermine“ definierten Termine bzw. mit den in der Bestellung/dem Kurzvertrag als verbindliche Vertragstermine definierten Termine/Fristen wird jeweils eine Vertragsstrafe für Verzug in Höhe von 0,2 % der Nettoabrechnungssumme pro Werktag, den sich der AN schuldhaft in Verzug befindet, bis max. 5 % der Nettoabrechnungssumme fällig.

Die Nettoabrechnungssumme wird unter Berücksichtigung aller Nachträge und Nachlässe, bei Vereinbarung eines Einheitspreisvertrages nach Feststellung des Aufmaßes ermittelt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Ziehung einer Vertragsstrafe kann der AG eine vorläufige Berechnung auf Basis der zu diesem Zeitpunkt verbindlich vereinbarten Nachträge und Nachlässe vornehmen und eine Zahlung der Vertragsstrafe verlangen. Eine Endabrechnung erfolgt, sobald die Nettoabrechnungssumme endgültig feststeht.

## 24. Abnahme, Gefahrübergang

Die Abnahme des Werkes erfolgt in der Regel förmlich und als eine Gesamtabnahme, es sei denn, der AG ordnet eine andere Abnahmeform an.

Die Abnahme wird nicht durch eine frühere behördliche Abnahme ersetzt. Beanstandungen an den Leistungen des AN, die bei den behördlichen Abnahmen auftreten, gelten als Mängel.

Das Risiko des zufälligen Untergangs und/oder der zufälligen Beschädigung geht mit der Abnahme auf den AG über, § 7 VOB/B findet keine Anwendung.

Der AN hat bei der Abnahme mitzuwirken und die erforderlichen Arbeitskräfte und Geräte zu stellen. Der AG trägt die eigenen mit der Abnahme verbundenen Kosten. Im Falle der berechtigten Abnahmeverweigerung trägt der AN die mit der erneuten Abnahme verbundenen Kosten des AG.

Der AG hat das Werk abzunehmen, wenn das Werk vertragsgemäß und ohne wesentliche Mängel hergestellt wurde und der AG sämtliche bis zum Zeitpunkt der Abnahme geschuldete Dokumentationen ordnungsgemäß in fehlerfreier Qualität vom AN erhalten hat.

Sofern die Gefahr besteht, dass Leistungen des AN in Folge der Benutzung vor Abnahme beschädigt werden, kann der AN keine Teilabnahme, wohl aber eine Zustandsfeststellung gem. § 4 Abs. 10 VOB/B verlangen. Die vorläufige Übernahme dient der Dokumentation des Leistungsstandes. Sie ist förmlich unter Aufnahme eines Protokolls über den Leistungsstand und etwaige Mängel durchzuführen.

## 25. Mängelansprüche

Der AN haftet für Sach- und Rechtsmängel nach dem BGB, nicht nach der VOB/B, soweit nicht ausdrücklich etwas Abweichendes vereinbart ist, insbesondere § 13 Abs. 7 VOB/B ist ausgeschlossen.

Der AN ist verpflichtet, schon vor der Abnahme gerügte Mängel unverzüglich zu beseitigen. Der AG ist vor der Abnahme zur Selbstvornahme und/oder Ersatzvornahme berechtigt, wenn der AG dem AN fruchtlos mit angemessener Fristsetzung zur Leistung und /oder Mängelbeseitigung aufgefordert hat.

Sofern Leistungen mangelbehaftet sind, kann der AG von Zahlungen zudem entsprechende Mängeleinbehalte vornehmen, es gilt § 632a Abs. 1 S. 4 BGB in Verbindung mit § 641 Abs. 3 BGB.

Die Verjährungsfrist für die Mängelrechte des AG beträgt 5 Jahre. Für die Dichtigkeit der Gebäudehülle 10 Jahre.

Die Frist beginnt mit der Abnahme. Wird ein Mangel arglistig verschwiegen, gilt die regelmäßige Verjährungsfrist, mindestens aber die hier genannte Frist.

Mit der Abnahme einer Mängelbeseitigung beginnen die Fristen für den jeweiligen Mangel neu zu laufen.

## 26. Abrechnung

Die in der Ausschreibung bzw. in der Bestellung/dem Kurzvertrag angegebenen Mengen und Positionen sind unverbindliche Werte und können von den tatsächlich notwendigen Leistungen auf der Baustelle abweichen. Die endgültige Abrechnung erfolgt nach gemeinsam genommenem Aufmaß zu den vereinbarten Einheitspreisen. Eine Verpflichtung des AG zur Inanspruchnahme der Leistungen und Massen besteht nicht. Der AG behält sich ausdrücklich vor, einzelne Positionen nicht ausführen zu lassen.

Teil – und Schlusssaufmäße sind als solche zu Kennzeichnen. Teilaufmäße, mindestens in Höhe von 25.000 EURO, können entsprechend dem Baufortschritt eingereicht werden; maximal ein Aufmaß pro Monat. Das Schlusssaufmaß darf keine Leistungen der Teilaufmäße enthalten.

Für das Schlusssaufmaß muss dem AG die komplette Dokumentation sowie die mängelfreie Abnahme vorliegen. Die Zahlungsfrist beginnt mit dem späteren Datum aus Eingang des prüffähigen, vollständigen Aufmaßes und vollständiger Erbringung der berechneten Leistungen und Freigabe durch den AG.

Die Abrechnung erfolgt im Gutschriftsverfahren, d.h. es erfolgt keine Rechnungsstellung. Gutschriftsgrundlage stellt das vom AN erstellte Aufmaß dar, das vom AG vor Ausbezahlung der Gutschrift geprüft und genehmigt wird.

## 27. Stundenlohnarbeiten

Es gilt L00.10.01 des Leistungsverzeichnisses L00 Grundlagen zum Leistungsbuch.

Die Anerkennung durch den AG erfolgt durch einen Bestätigungsvermerk, der jedoch kein Anerkenntnis über eine Zahlungspflicht darstellt. Die Bestätigung bescheinigt die Anwesenheitszeiten des Personals. Insbesondere bleibt jedoch die Prüfung vorbehalten, ob es sich bei den durchgeführten Arbeiten um Stundenlohn- oder Vertragsarbeiten handelt.

Im Übrigen gilt § 15 VOB/B. Ein fiktives Anerkenntnis von Stundenlohnzetteln ist ausgeschlossen. § 15 Abs. 3 S. 5 VOB/B findet keine Anwendung.

## 28. Sicherheiten

Der Anspruch des AN aus § 650e BGB (Sicherungshypothek) auf Einräumung einer Sicherungshypothek wird ausgeschlossen. Die Rechte aus §§ 650f BGB (Bauhandwerkersicherung) bleiben unberührt.

Stellt der AN eine vereinbarte Vertragserfüllungs- oder Gewährleistungsbürgschaft oder -garantie nicht innerhalb der vereinbarten Frist, so kann der AG nach seiner Wahl entweder die Zahlungen verweigern oder einen Einbehalt in Höhe der vereinbarten Bürgschaftssumme vornehmen. Der AN ist berechtigt, diesen Einbehalt durch Stellung einer Bürgschaft nach u.g. Maßgabe abzulösen.

Die Ausbezahlung eines Sicherheitseinbehaltes regelt sich nach den Bedingungen für die Rückgabe von Bürgschaften.

Des Weiteren gilt Ziff. 9 der AEB. Die Regelungen des § 17 Abs. 5, 6 und 7 VOB/B gelten nicht.

## 29. Zahlungsbedingungen

Anzahlungen / Vorauszahlungen < 20.000 EURO sind nicht möglich.

Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden Zahlungen innerhalb von 14 Tagen mit 3 % Skonto oder innerhalb von 30 Tagen netto ab Freigabe des Aufmaßes geleistet. Der AG behält sich das Recht vor, die für die Abschlagszahlungen vereinbarte Skontierung erst bei der Zahlung der Schlussrechnung gesammelt in voller Höhe zum Abzug zu bringen.

Wird die Gutschrift nach erfolgter Zahlung einer Überprüfung durch den AG unterzogen und es ergibt sich im Gesamtergebnis eine Überzahlung, so ist der AN zur Rückzahlung verpflichtet. Schlusszahlungen durch den AG erfolgen daher unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Rückforderung unberechtigter Überzahlungen. Eine Berufung des AN auf die Einrede des Wegfalles der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) wird ausgeschlossen.

Gemäß § 48 Abs. 1 EstG ist der AG verpflichtet, auf alle Zahlungen für Bauleistungen ab dem 01.01.2002 einen Steuereinbehalt von 15 % vorzunehmen. Der Steuerabzug muss gemäß § 48 Abs. 2 EstG nicht vorgenommen werden, wenn eine zum Zeitpunkt der Zahlung gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48b Abs. 1 S. 1 EstG vom AN vorgelegt wird.

## 30. Wettbewerbsverbot

AG und AN arbeiten in einem partnerschaftlichen Verhältnis zusammen. Konkurrierende Verhaltensweisen bei den Anschlussnehmern bzw. Kunden des AG sollen daher für bestimmte Dienstleistungen und Produkte, die der AG selbst anbietet, vermieden werden.

Dem AN ist es deshalb im Rahmen der vertraglichen Leistungserbringung untersagt, selbst oder seinerseits mittelbar durch NU oder sonstige Dritte Dienstleistungen gegenüber Anschlussnehmern bzw. Kunden des AG anzubieten, wenn diese Dienstleistungen im Portfolio des AG enthalten sind oder von diesem angeboten werden. Ebenso ist es dem AN untersagt, im Zusammenhang mit seiner vertraglichen Leistungserbringung Materialien direkt gegenüber Anschlussnehmern bzw. Kunden des AG zu verkaufen, wenn diese oder vergleichbare Materialien (z. B. gleiche Art / vergleichbarer Zweck, auch bei anderem Hersteller) vom AG bezogen werden können.

Folgende Leistungen werden beispielhaft vom AG angeboten:

- Tiefbauarbeiten in den Versorgungsnetzen
- Lieferung, Verlegung und Montage von Materialien weiterer Gewerke wie z. B. Hauseinführungen, Leerrohre, Faserverteiler
- Leistungen der Straßenbeleuchtung sowie passiven Telekommunikationsinfrastruktur

- Ladesäulen für Elektromobilität

Im Zweifel hat der AN vor der Auftragsannahme den AG darüber zu informieren und seine Zustimmung einzuholen. Die Zustimmung des AG ist nicht erforderlich, wenn der AN nachweisen kann, dass diese Leistungen / Dienstleistungen nicht vom AG angeboten werden.

Die vorstehende Regelung gilt während der Dauer dieses Vertrages. Sie gilt nicht hinsichtlich Kunden, zu denen der AN schon vor seiner Tätigkeit für den AG eigene Geschäftsbeziehungen unterhalten hat.

Für jeden einzelnen zurechenbaren und schuldhaften Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot ist der AG berechtigt, vom AN die Zahlung einer Vertragsstrafe in angemessener Höhe zu fordern, wobei der AG die Höhe nach billigem Ermessen im Sinne von § 315 BGB, insbesondere in Abhängigkeit zur Schwere des Verstoßes, bestimmen wird und die Angemessenheit der Vertragsstrafe im Streitfall vom zuständigen Gericht überprüft werden kann.

Sollte der AN wiederholt gegen die o.g. Vereinbarung zum Wettbewerbsverbot verstoßen, kann ihn der AG bereits ab dem zweiten Verstoß aus wichtigem Grund kündigen und den ihm entstandenen Schaden bei dem AN geltend machen.

## 31. Einhaltung arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften, Einhaltung LTMG, MiLoG

Der AN verpflichtet sich, die einschlägigen arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen sowie die Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und das Arbeitnehmerentsendegesetz zu beachten.

Der AN sichert zu, das LTMG und das MiLoG einzuhalten (vgl. die Zusätzlichen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Verpflichtungen nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) und die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)).

Der AN wird für die zu erbringenden Leistungen kein Personal einsetzen, welches unter Missachtung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder sonstiger gesetzlicher Vorschriften, wie beispielsweise des Ausländergesetzes, oder in sonstiger Weise illegal und unter Verstoß gegen zwingendes Recht beschäftigt wird.

Der AN sichert weiter zu, von ihm beauftragte NU und Verleiher in gleichem Umfang zu verpflichten.

Der AG ist berechtigt, nicht aber verpflichtet, ohne Vorankündigung stichprobenartig die Einhaltung sämtlicher Bestimmungen selbst oder durch einen Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater zu kontrollieren und in alle in diesem Zusammenhang relevanten Dokumente und Unterlagen Einsicht zu nehmen bzw. Nachweise zu verlangen.

Sollte der AN gegen eine oder mehrere der AN Verpflichtungen verstoßen, ist der AG vorbehaltlich weiterer Rechte befugt, dem AN eine angemessene Nachfrist zu setzen. Sollte diese angemessene Frist fruchtlos verstreichen, ist der AG berechtigt, einen Vertrag, welcher unter diesen Bedingungen geschlossen wurde, fristlos zu kündigen und Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen.

Der AN ist verpflichtet, den AG von allen Ansprüchen der vom AN, von seinen NU und von allen weiteren nachgeordneten NU eingesetzten Personen, etwaiger Verleiher und der Sozialkassen und

sonstiger Dritter aus der Haftung gemäß AEntG und/oder SGB IV und/oder SGB VII und weiterer eine entsprechende Haftung anordnenden gesetzlichen Vorschriften auf Verlangen in vollem Umfang freizustellen. Die Verpflichtung zur Freistellung gilt auch gegenüber Ansprüchen von Sozialversicherungsträgern, Finanzbehörden und insbesondere auch gegenüber Ansprüchen der Bundesagentur für Arbeit bei Zahlung von Insolvenzgeld. Der AN ist ferner zur Freistellung verpflichtet, wenn der AN gegen das Mindestlohngesetz verstößt oder gegen seine Pflicht, eine Eingliederung in die betriebliche Organisation des AG auszuschließen. Die Freistellungspflicht gilt auch, wenn sich die Haftung aus weiteren Untervergaben und/oder der Beauftragung von Verleihern ergibt.

### 32. Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

Der AN darf nur aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht ausüben, wenn der Anspruch, auf den die Aufrechnung bzw. das Zurückbehaltungsrecht gestützt werden, unstreitig ist oder rechtskräftig gerichtlich festgestellt ist.

### 33. Schriftform, Änderungen des Vertrages

Die Änderung des Vertrags bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für das Schriftformerfordernis.

### 34. Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Bedingungen ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Anstelle der nichtigen, unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt eine solche Bestimmung, die nach Form, Inhalt, Zeit, Maß und Geltungsbereich dem am nächsten kommt, was von den Vertragsparteien nach dem wirtschaftlichen Zweck der nichtigen, unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gewollt war. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken in diesen Bedingungen.